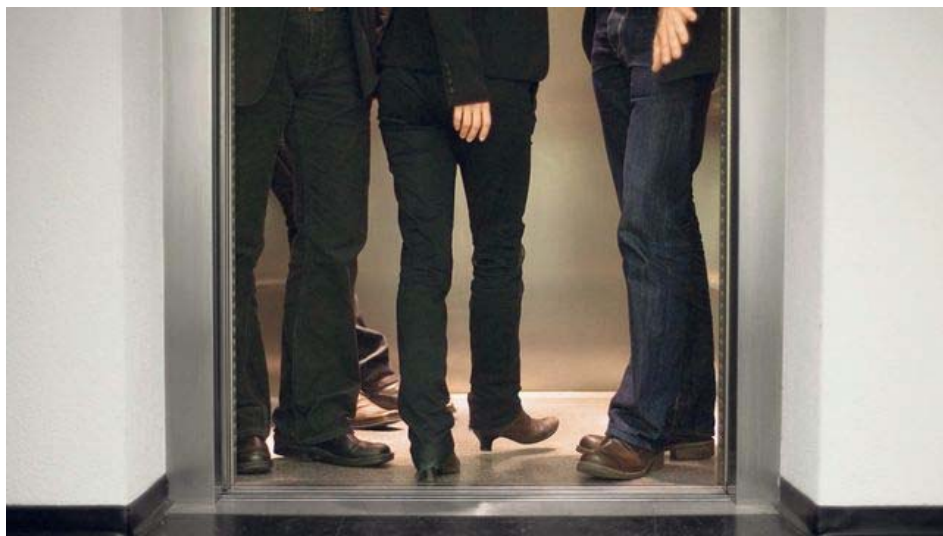


Streitfrage Frauenquote

## Geschlechtergraben in der Zürcher FDP

Zürich Mittwoch, 19. Juni, 06:00



Die Zürcher Stadtverwaltung muss den Frauen die Türen in die Chefetagen mit einer Quote öffnen. (Bild: Gaetan Bally / Keystone)

**Befeuert von Europa, erlebt die Frauenquote eine Renaissance. Das rot-grüne Zürich muss den Tatbeweis antreten, dass eine 35-Prozent-Quote im Verwaltungskader möglich ist, während die Zürcher FDP-Frauen für ein Umdenken in der Partei kämpfen.**

*Irène Troxler*

In den neunziger Jahren war die Frauenquote ein Schlachtruf der Linken. Als aber im Jahr 2000 die Initiative von Christiane Brunner für «eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden» mit nur 18 Prozent Ja-Stimmen-Anteil Schiffbruch erlitt, verschwand das Thema aus den Schlagzeilen. Gut zwanzig Jahre später schwappt es nun aus Europa wieder in die Schweiz. Diesmal geht es weniger um die Untervertretung der Frauen in der Politik als um jene in den Chefetagen der Wirtschaft und der Verwaltung. Norwegen kennt seit 2006 eine gesetzliche Vorgabe, gemäss der mindestens 40 Prozent der Verwaltungsräte börsenkotierter Unternehmen weiblich sein müssen. Und die EU-Kommission hat im letzten November eine Richtlinie mit dem gleichen Ziel verabschiedet. Allerdings müssen noch der Ministerrat und das EU-Parlament zustimmen, bevor die Regelung, die auch Bussen vorsieht, in Kraft tritt.

**FDP-Frauen haben genug**

Im letzten Herbst erregten auch die FDP-Frauen einiges Aufsehen, als sie sich mit ihrer Kampagne «Nicht mehr oben ohne» (das Bildsujet dazu liegt auf der Hand) erstmals hinter eine moderate Quotenforderung stellten. «Wir haben lange auf Freiwilligkeit gesetzt und gleichzeitig den Drohfinger erhoben», sagt die Präsidentin der FDP-Frauen und Zürcher Kantonsrätin, Carmen Walker Späh. «Aber jetzt reisst uns langsam der Geduldsfaden.» Die FDP-Frauen fordern in einem Positionspapier eine befristete Quote in öffentlichen Verwaltungen. Was die Frauenvertretungen in Verwaltungsräten angeht, bleiben sie vorerst beim Drohfinger. Sie lobbyieren aber auch bei Unternehmen und haben eine Headhunter-Plattform eingerichtet, um das Argument zu entkräften, es gebe nicht genügend qualifizierte Frauen.

Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass sich in den letzten Jahrzehnten in der Schweiz wenig bewegt habe, sagt Ursula Uttinger, FDP-Gemeinderätin in Zürich. «Die gläserne Decke existiert.» Uttinger spricht aus eigener Erfahrung. Sie war die einzige Frau in der Geschäftsleitung der Kantonspolizei St. Gallen und hat dort weibliche Ansprechpersonen vermisst. Für sie ist klar, dass die schlechte Vertretung der Frauen in den Teppichetagen nichts mit mangelnden Qualifikationen zu tun hat, sondern mit der männlich geprägten Führungskultur. Frauen würden da oft als Störung wahrgenommen. Es genüge auch nicht, wenn jene Frauen befördert würden, die sich reibungslos in diese Kultur einfügten, betont sie. Wissenschaftlich sei es längst erwiesen, dass gemischte Teams erfolgreicher seien.

Innerhalb der Zürcher FDP hat die Kampagne der freisinnigen Frauen aber kaum etwas bewirkt. Während die Partei in Schaffhausen, Bern und Basel Vorstösse für Quoten im Kader der Verwaltungen mitunterzeichnete oder gar selbst einreichte, war Uttinger in der Stadt Zürich die einzige Freisinnige, die den Vorstoss von SP und GLP für eine 35-Prozent-Quote in der Stadtverwaltung unterstützte. «Innerhalb der FDP fand gar keine richtige Diskussion statt», bedauert sie. Man verharre auf den bekannten Positionen und stimme dagegen. Auffällig war, dass sich in der Gemeinderatsdebatte kein einziges FDP-Mitglied zu Wort meldete.

Auch im Kantonsparlament ist eine gleich gelagerte Motion von SP, GLP und Grünen hängig. Walker Späh wird den Vorstoss wohl unterstützen und geht davon aus, dass sie ihre Position im Rat darlegen kann. Dass sie die Fraktion überzeugen kann, für eine Quote in den Kadern der Kantonsverwaltung zu stimmen, scheint unwahrscheinlich. Der Fraktionschef im Kantonsrat, Thomas Vogel, führte auf Anfrage aus, die FDP lehne gesetzlich reglementierte Quoten aus ordnungspolitischen Überlegungen ab. Sie schränken die Freiheit des Arbeitgebers zu stark ein; und zwar in der Wirtschaft wie in der Verwaltung. Gesetzgeberisch hier einzuwirken, ist in Vogels Augen deshalb unangebracht.

### **Quotenziel schwer zu erfüllen**

In der Stadt Zürich wurde die Quoten-Motion im April auch ohne die Stimmen der Bürgerlichen überwiesen. Für Walker Späh ist es nicht ohne Ironie, dass nun eine rot-grün regierte Stadt den Beweis antreten muss, dass eine 35-Prozent-Quote auch im obersten Kader der Verwaltung möglich ist. «Der Stadtrat hätte es ja in der Hand gehabt, die schon angejahrte rot-grüne Forderung selbständig umzusetzen», sagt sie. In der Tat dürfte es nicht einfach werden, das Quotenziel zu erreichen, denn die Stadt hat in den letzten Jahren schon viele Hebel in Bewegung gesetzt, um Frauen ins Kader zu schleusen. So ist im Personalrecht verankert, dass bei der Bestellung von Kaderstellen bei gleicher Qualifikation dem untervertretenen Geschlecht der Vorrang zu geben ist. In einem vom Stadtrat verabschiedeten Gleichstellungsplan sind ferner für jede Dienstabteilung konkrete Massnahmen vorgegeben, und für frauenspezifische Weiterbildung ist ebenfalls bereits gesorgt.

Wie Anja Derungs, die Leiterin der städtischen Fachstelle für Gleichstellung, ausführt, widmet die Stadt auch dem Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie schon lange besondere Aufmerksamkeit. Dennoch betrage der Frauenanteil im obersten Kader (Funktionsstufen 16 bis 18) nur gut 17 Prozent. Zu den bisherigen Massnahmen müssen also weitere kommen oder verbindlichere Vorgaben, wenn die Stadt das ehrgeizige Quotenziel von 35 Prozent erreichen will.

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTE SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.